

**A b d r u c k
Niederschrift**

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, den **17.12.2007**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:20 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almritter
Herr Dietmar Andre
Herr Karl-Heinz Bein
Herr Michael Berninger
Herr Joachim Bieber
Herr Michael Böhme
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Frau Emma Fichtl
Herr Bruno Fischer
Herr Ulrich Frey
Herr Hans Grimm
Herr Michael Günther
Herr Erich Hein
Frau Birgit Hotz
Herr Dr. Heinz Kaiser
Frau Claudia Kappes
Herr Ferdinand Kern
Frau Marliese Klappenberger-Thiel
Herr Richard Klug
Herr Erich Kuhn
Herr Edwin Lieb
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Joachim Lüft
Herr Thorsten Meyerer
Frau Petra Münzel
Herr Karl Neuser
Frau Waltraud Nutz
Herr Helmut Oberle
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Paul Ripperger
Herr Ludwig Ritter
Herr Berthold Rüth
Herr Ludwig Scheurich
Herr Otto Schmedding
Frau Ruth Schöyen
Frau Monika Schuck

Herr Kurt Schumacher
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Kurt Schüßler
Herr Manfred Schüßler
Herr Hermann Spinnler
Herr Erich Stappel
Herr Bernhard Stolz
Herr Dr. Rainer Vorberg
Frau Gabriele Weber
Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsmitglieder

Frau Marion Becker
Herr Boris Großkinsky
Frau Gabriele Manderfeld-Albreit
Frau Isolde Marsilia
Herr Jens Marco Scherf
Herr Ivo Trützel
Herr Wolfgang Zöller

Gefehlt hat:

Herr Dr. Jörg Vorbeck

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
Herr Bruno Thiry, Diplom-Ingenieur (FH) (Punkt 7/
Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat
Herr Jürgen Wachtler, Diplom-Sozialpädagoge (FH) (Punkt 6)
Herr Rainer Wöber, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing
Kreisrätin Marliese Klappenberg-Thiel zur Vollendung des 50. Lebensjahres am 15.10.2007

Des Weiteren bat Landrat Schwing um Vormerkung folgender Termine:

16.01.2008: Veranstaltung „Einführung in die Doppik“

13.03.2007: Kreisausschuss

19.03.2007: Kreistag

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 08.10.2007:
Einwand des Kreisrates Spinnler
- 2 Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen:
Sachstandsbericht des Büros Projekt M, Lüneburg
- 3 Jahresbericht 2007 über die Tätigkeit der "Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg"
- 4 Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplanes 2007 und Ausblick auf den Haushaltsplan 2008
- 5 Entlastung der Jahresrechnungen 1995 bis 2005 des Landkreises Miltenberg
- 6 Annahme von Teilplan 1 der Jugendhilfeplanung "Jugendarbeit - Jugendsozialarbeit"
- 7 Abstufung der Kreisstraße MIL 40 zwischen Wörth a.Main und Obernburg a.Main
- 8 Jahresrückblick 2007

Tagesordnungspunkt 1:

**Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 08.10.2007:
Einwand des Kreisrates Spinnler**

Landrat Schwing gab bekannt, dass Kreisrat Spinnler mit Schreiben vom 30.10.2007 folgendes mitgeteilt habe: „In der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007 bin ich zu TOP 5, Seite 8, Absatz 4, Satz 5 nicht richtig zitiert worden. Richtig müsste es heißen: „Unter Hinweis darauf, dass ja bereits öffentliche Baumaßnahmen wie Brücken, Straßen usw. im Rahmen von PPP-Modellen gebaut würden, bat Kreisrat Spinnler zu überlegen, ob nicht eine Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg privatwirtschaftlich errichtet und betrieben werden könnte.“ Ich bitte insoweit um Änderung und Ergänzung der Niederschrift.“

In der Niederschrift sei Kreisrat Spinnler wie folgt zitiert: „Unter Hinweis darauf, dass bereits Brücken, Autobahnen usw. im PPP-Modell ohne Einsatz öffentlicher Mittel gebaut werden, bat Kreisrat Spinnler zu überlegen, ob auch eine im Landkreis Miltenberg zu realisierende öffentlich-rechtliche Maßnahme nach diesem Modell errichtet werden könnte.“

Seitens der Verwaltung werde zum vorliegenden Einwand bemerkt, dass nicht nur die Schriftführerin die Wortmeldung von Kreisrat Spinnler nicht anders verstanden hat, sondern auch Kreisrat Dr. Kaiser, Landrat Schwing und Kreisrätin Münzel (siehe Seite 9, Absätze 3, 4 und 5). Diese drei Redebeiträge beziehen sich alle auf das PPP-Modell. Kreisrat Spinnler hätte daher bereits im Verlauf der weiteren Beratung richtig stellen sollen, dass er für die Errichtung einer Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg nicht das PPP-Modell meine.

Die Verwaltung schlage vor, die Niederschrift nicht zu ändern, sondern den Einwand von Kreisrat Spinnler, der auch in der Sitzungsniederschrift über die heutige Kreistagssitzung enthalten sein werde, der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007 beizufügen.

Durch den Kreistag wurde einstimmig folgendes

b e s c h l o s s e n :

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007 wird aufgrund des Einwands von Kreisrat Spinnler nicht geändert. Der Einwand ist in der Niederschrift über die heutige Kreistagssitzung festgehalten und der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007 beigefügt.

Ansonsten gilt die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007 als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen: Sachstandsbericht des Büros Projekt M, Lüneburg

Herr Obier vom Büro Projekt M, Lüneburg, gab mittels Powerpoint-Präsentation den dieser Niederschrift beiliegenden und im Kreistagsinformationssystem (KIS) eingestellten Statusbericht „Optimierung der touristischen Marketing- und Organisationsstrukturen im Landkreis Miltenberg“.

Landrat Schwing bemerkte, dass er über die Einbindung so vieler Leistungsanbieter überrascht sei. Interessant sei, dass nicht nur die Übernachtungszahlen wichtig seien, sondern auch die Anzahl der Tagestouristen. Tagestouristen besuchen fast alle Städte und Gemeinden und seien finanziell gesehen sehr interessant. Insgesamt gesehen, habe man das erreicht, was man sich vorgenommen habe, nämlich eine Struktur, die nach allen Seiten offen sei. Erfreulich sei auch, dass z.B. der Markt Großostheim im Jahr 2008 Mitglied der TAG „Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.“ werden wolle und der Rotweinwanderweg in das Konzept einbezogen werden soll.

Kreisrat Reinhard wies darauf hin, dass die TAG „Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.“ anfangs mit großen Problemen zu kämpfen gehabt habe, aber die Bezeichnung zwischenzeitlich akzeptiert werde. Ein wichtiger Punkt sei jetzt die Finanzierung der TAG, denn deren Budget sei nicht sehr üppig. Unter Hinweis darauf, dass der Landkreis Miltenberg eine zweijährige finanzielle Beteiligung zugesagt habe, bat Kreisrat Reinhard die Mitglieder des Kreistages um weitere Unterstützung. Die Mitgliederzahl der TAG sei zwar schon optimal, aber Ziel müsse die Gewinnung weiterer Leistungsanbieter sein.

Kreisrat Meyerer brachte vor, dass der Begriff „Churfranken“ markenrechtlich geschützt sei, jedoch auch das Jugendblasorchester, in welchem nicht nur Jugendliche aus dem Landkreis Miltenberg musizieren, diesen Namen trage. Werde damit die Destination verwässert?

Herr Obier erklärte dazu, dass nicht der Begriff „Churfranken“, sondern das Logo geschützt sei. Über die Verwendung des Logos entscheide der Verein. Selbstverständlich sollten nur diejenigen das Logo verwenden dürfen, die aus dem Mainland Miltenberg kommen.

Kreisrat Bieber dankte dem Büro Projekt M für die positive Beurteilung der bisherigen Arbeit und bemerkte, dass dafür ein erheblicher Einsatz notwendig gewesen sei. Dank entbot er auch der Geschäftsführerin der TAG „Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.“, Frau Weber, und ihrer Mitarbeiterin Frau Derwael für die bisher geleistete hervorragende Arbeit. Nicht umsonst sei die hohe Anzahl der Leistungsanbieter zustande gekommen. Das Endziel sei aber noch lange nicht erreicht, denn es stehen mehrere Leistungsanbieter in Reserve, die erst noch vom Erfolg überzeugt werden müssen. Zu den von Kreisrat Meyerer geäußerten Bedenken erklärte Kreisrat Bieber, dass Tourismus und Kultur zusammenhängen. Die Idee, dem Jugendblasorchester den Namen „Churfranken“ zu verleihen, sei vom Nordbayerischen Blasmusikverband gekommen und sei von der TAG „Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.“ ausdrücklich begrüßt worden.

Kreisrat Andre machte darauf aufmerksam, dass nicht von allen Städten/Gemeinden die Übernachtungszahlen bekannt seien, weil einige der Geheimhaltung unterliegen. Der Kreistag habe geholfen, die TAGs auf den Weg zu bringen und habe jetzt die Aufgabe, dieses „Kind“ langsam loszulassen, d.h. die Finanzierung einzustellen und den Mitgliedern zu überlassen.

Kreisrat Dr. Kaiser wies darauf hin, dass durch Änderung der Strukturen und gutes Management die Voraussetzungen für eine bessere Vermarktung des Tourismus im hiesigen Raum geschaffen worden seien. Es wäre daher auch Aufgabe der Bürgermeister, etwas im Hinblick auf den Tagestourismus zu tun. In einem Presseartikel vom 12.12.2007 sei zu lesen gewesen, dass in Obernburg a.Main eine sog. Limeskonferenz stattgefunden habe. Leider habe es die Stadt Obernburg a.Main versäumt, mit diesem touristischen Highlight Werbung für die gesamte Region zu machen. Zur Aussage von Kreisrat Andre, die Finanzierung langsam einzustellen, sei er (Kreisrat Dr. Kaiser) der Meinung, dass „Loslassen“ nicht sinnvoll wäre.

Landrat Schwing sagte dazu, dass der Kreistag die TAGs nicht im Stich lassen werde, aber auch - wie von Kreisrat Andre richtig gesagt – loslassen müsse. Es sei Aufgabe jede/r Kommunalpolitiker/in, die Leistungsanbieter zu werben, die noch nicht in einer TAG mitarbeiten.

Kreisrat Reinhard teilte mit, dass zu dem von Kreisrat Dr. Kaiser angesprochenen Termin in Obernburg a.Main nur die Kommunen eingeladen gewesen seien, die die Veranstaltung „Römerschiff“ organisiert hatten. Es sei bei diesem Termin um einen Erfahrungsaustausch gegangen und es sei nicht bekannt, warum die Presse diesen Termin so dargestellt habe.

Kreisrätin Almitter bat, auf touristischem Gebiet auch mit dem benachbarten Baden-Württemberg zusammenzuarbeiten, weil es auch dort attraktive Regionen gebe.

Kreisrat Stappel dankte ebenfalls für die positive Berichterstattung und den TAGs für die bisher geleistete Arbeit. Die hohe Mitgliederzahl zeuge vom Interesse der Region, am Markt zu überleben. Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Tourismus müsse auch versucht werden, die Kaufkraft, die in das Rhein-Main-Gebiet abfließe, in der Region zu halten. Er bat, dies bei der künftigen Arbeit zu berücksichtigen.

Kreisrat Dr. Fahn stellte fest, dass, seit Herr Obier die Angelegenheit in die Hand genommen habe, viel Arbeit unter großem Zeitdruck zu leisten sei, was sehr positiv und der Schlüssel zum Erfolg sei. Er halte es für wichtig, dass möglichst viele private Anbieter mit ins Boot genommen werden. Wenn die Übernachtungszahlen steigen, werde auch die Wirtschaftskraft in der Region gestärkt werden. Es wäre gut, wenn die Mitglieder der SPD-Fraktion „Churfranken“ endlich positiv beurteilen und nicht wie in der Presse zu lesen gewesen sei, „Mainland Miltenberg“ für ausreichend halten würden.

Kreisrat Kern sprach die Hoffnung aus, dass auch die TAG „Fränkischer Odenwald“ ab dem Jahr 2008 funktioniere. Die SPD-Fraktion trage das erarbeitete Tourismuskonzept selbstverständlich mit. Es falle ihr nur schwer, den Namen „Churfranken“ zu akzeptieren. Zum Thema „Limeskonferenz“ werde er im Stadtrat von Obernburg a.Main um Aufklärung bitten.

Landrat Schwing bat zu bedenken, dass die TAG „Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.“ gewählt habe und dieser Name immer mehr akzeptiert werde. Deshalb sollten auch alle Kreistagsmitglieder diesen Namen unterstützen.

Die Frage von Kreisrat Kuhn, ob das Gebiet um Amorbach auch über die TAG „Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.“ vermarktet werden könne, wurde von Herr Obier bejaht.

Tagesordnungspunkt 3:

Jahresbericht 2007 über die Tätigkeit der "Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg"

Verwaltungsamtsrat Vill erstattete folgenden Bericht:

Auch im Jahr 2007 konnte die „Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg“ ihre Unterstützungstätigkeit für die stationären und ambulanten Alteneinrichtungen im Landkreis Miltenberg zum Wohl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fortsetzen. Der nachfolgende Bericht geht zugleich schriftlich auch an die Mitgliedsgemeinden der Stiftung.

In zwei Kuratoriumssitzungen wurden auch im Jahr 2007 wieder Zuwendungen an die stationären Einrichtungen und ambulanten Dienste in einer Gesamthöhe von **104.597,79 €** beschlossen. Die Auflistung bis 31.12.2005 enthält die Beträge der gezahlten Förderungen und für den Zeitraum 2006 und 2007 die Zahlen der ausgesprochenen Bewilligungen, auch soweit sie noch nicht abgerechnet sind. Die Zusagen aus 2006 können nämlich noch bis 31.12.2007 abgerechnet werden. Erst danach sind diese grundsätzlich verfallen.

Stationäre und teilstationäre Einrichtungen 1993 bis 2007	bisher gewährt
Seniorenwohnstift Erlenbach a.Main	165.924,76 €
Hospitalstiftung Amorbach	249.516,28 €
Haus Maria Regina Miltenberg	164.019,92 €
Rohe'sche Altenheimstiftung Kleinwallstadt	255.555,63 €
Pflegeheim und Tagespflege der Johanniter-Unfall-Hilfe Miltenberg	97.684,50 €
Seniorenresidenz Wörth a.Main	166.182,77 €
Seniorenheim Werner Amorbach	33.438,37 €
Haus Theresa Großwallstadt	36.593,06 €
Pflegezentrum Obernburg a.Main	112.048,36 €
St. Elisabethenstift Großeubach	44.062,89 €
Geriatrische Rehabilitation Erlenbach a.Main (ab 2001)	17.655,93 €
Haus Dominic Elsenfeld (ab 2007)	4.000,00 €
Seniorenheim Weilbach (ab 2007)	1.500,00 €
Otto-Rauch-Stift Freudenberg (einmalige Zuwendung)	1.533,88 €
Tagesstätte Ursula Wiegand Erlenbach a.Main (ab 2004)	6.513,58 €
Summe stationäre und teilstationäre Einrichtungen:	1,356.229,93 €

Ambulante Einrichtungen 1997 bis 2007:	
Caritas-Sozialstation St. Johannes Erlenbach a.Main	39.580,41 €
Franziskus GmbH Miltenberg	78.669,65 €
BRK-Kreisverband Miltenberg	37.094,29 €
Ambulanter Dienst der Johanniter-Unfall-Hilfe Miltenberg	12.845,79 €
Ambulanter Dienst Arbeiterwohlfahrt Miltenberg	20.528,67 €
Pflegedienst Senioren-Service Obernburg a.Main	2.044,14 €
Ambulante Pflege Aktiv Obernburg a.Main	1.109,10 €
Ambulanter Dienst Elisabethenstift Großheubach (ab 2005)	2.730,57 €
Summe ambulante Einrichtungen:	194.602,62 €
Summe aller Einrichtungen bis 2007:	1,550.832,55 €

Die Ausgaben erfolgten vor allen Dingen zur Finanzierung von Gegenständen und Maßnahmen in den Bereichen

- Erhöhung der Lebensqualität,
- Gesundheitsförderung über das vorgeschriebene Maß hinaus,
- Freizeitgestaltung,
- Erleichterung der Pflege von alten Menschen und Mitarbeitern,
- Zusätzliche Annehmlichkeiten,
- Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter zum Zweck der Qualitätssteigerung,
- Begleitung und Schulung pflegender Angehöriger.

Beispiele:

- Stationäre Einrichtungen: Klangstuhl, Therapiestuhl, Kleinempfängersets mit mobilen Armsendern, Unterstützung von Projekten mit Künstlern der Region, für Musiktherapie, Kutsch- und Oldtimerfahrten, Bastelmaterial u.v.m..
- Ambulante Dienste: Ausflugsfahrten für Senioren.

Bei dieser Gelegenheit wird auch auf die Internetseite der „Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg“ www.stiftungaltenhilfe-mil.de hinweisen, der weitere Informationen entnommen werden können.

Zum Finanzierungsstatus ist anzumerken, dass der Vermögensgrundstock zum Jahresende 2007 voraussichtlich **815.980,01 €** betragen wird.

Für das Jahr 2008 wurden vom Sitzungskuratorium erneut Vergaberahmen für die stationären Einrichtungen in Höhe von 105.000,00 € und für die ambulanten Dienste in Höhe von 20.000,00 € festgelegt. In Abstimmung mit dem Kreisverband Miltenberg des Bayerischen Gemeindetages hat das Stiftungskuratorium außerdem beschlossen, für eine geplante „Zentrale Anlaufstelle für Senioren und pflegende Angehörige“ befristet für die Jahre 2008, 2009 und 2010 eine Förderung in Höhe von jährlich 40.000,00 € zu gewähren, soweit nach Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten durch Dritte und nach Abzug eines Eigenanteils der beteiligten Verbände und Einrichtungen von 10 % ein ungedeckter Bedarf in mindestens dieser Höhe verbleibt. Die Wohlfahrtsverbände und Pflegeeinrichtungen im Landkreis Miltenberg haben sich nämlich verbandsübergreifend zusammengeschlossen, um eine solche Stelle ins Leben zu rufen, die für den gesamten Landkreis zuständig sein und den Beratungs- und Betreuungsbedarf für Senioren und pflegende Angehörige landkreisweit verbandsneutral und unabhängig abdecken soll. Hierfür bestehen ein Vertrag und ein Finanzierungskonzept. Für das Gesamtprojekt entstehen nach derzeitigem Planungsstand förderfähige jährliche Gesamtkosten von 100.000,00 €. Der Bezirk Unterfranken gewährt einen jährlichen Zuschuss

von 25.000,00 €. Vom Freistaat Bayern werden 15.500,00 € erwartet. An Spenden wird mit 1.000,00 € gerechnet. Somit bleiben ungedeckte Restkosten von 58.500,00 €. Eine zusätzliche Förderung durch die Städte und Gemeinden sowie den Landkreis wird von den Verbänden darüber hinaus dann nicht mehr gefordert.

Ein Bestandteil der Einnahmen waren auch im Jahr 2007 wieder Spenden von Firmen, Banken, Vereinen und Privatleuten. Hierfür sei auch an dieser Stelle allen Förderern sehr herzlich gedankt. Erfreulicherweise beteiligen sich nach wie vor ausnahmslos alle Städte und Gemeinden des Landkreises Miltenberg an der Stiftung. An sie, aber schließlich auch an alle, die durch Spenden oder durch Werbung die Stiftung unterstützen, ergeht auch dieses Jahr wieder ein besonderes und ganz herzliches Dankeschön!

Landrat Schwing dankte für den erfreulichen Bericht und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der „Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg“ für ihren Einsatz.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplanes 2007 und Ausblick auf den Haushaltsplan 2008

Verwaltungsoberratsrat Straub gab den dieser Niederschrift als Anlage beigefügten und im Kreistagsinformationssystem (KIS) eingestellten Bericht über die Abwicklung der Haushaltsrechnung 2007 (Stand 05.12.2007).

Landrat Schwing gab bekannt, dass der Freistaat Bayern bezüglich der Unterkunftskosten einen Ausgleich gewähren werde. Die für das Jahr 2007 dafür vorgesehenen 78 Mio. € hätten leider nicht ausgereicht; es seien 22 Mio. € zu wenig. Der Landkreis Miltenberg erhalte dieses Jahr rd. 120.000,00 € weniger als letztes Jahr. Von der vom Bund zugesagten Entlastung in Höhe von 2 Mrd. € sei beim Landkreis Miltenberg bisher nichts angekommen. Erfreulicherweise habe der Freistaat Bayern eine Vorwegentnahme der für das Jahr 2008 vorgesehenen Mittel zugesagt.

Eine noch größere Sorge bereite die Festlegung der Kostendeckung durch den Bund an den Fallzahlen. Durch Änderung der gesetzlichen Grundlage gebe es nur statistisch gesehen weniger Bedarfsgemeinschaften. Der Bund werde nächstes Jahr eine Senkung der Mittel um 2 % vornehmen. Daraufhin werden dem Landkreis Miltenberg höhere Kosten entstehen. Die Kommunalen Spitzenverbände möchten, dass die Unterkunftskosten an die tatsächlichen Kosten gekoppelt werden.

Am 20.12.2007 werde das Bundesverfassungsgericht das Urteil bezüglich Hartz IV verkünden. Es wäre wichtig, dass ein Zeichen insofern gesetzt werde, dass dieses Gesetz rechtswidrig sei, denn es sei nicht vorstellbar, dass der Freistaat Bayern auf ewige Zeiten in der Lage sein werde, einen Ausgleich zu zahlen. Für den Landkreis Miltenberg würde die Belastung rd. 2 Mio. € betragen, was eine Erhöhung der Kreisumlage zur Folge hätte.

Tagesordnungspunkt 5:

Entlastung der Jahresrechnungen 1995 bis 2005 des Landkreises Miltenberg

Verwaltungsoberratsrat Wöber teilte mit, dass der Bayerische Kommunale Prüfungsverband die Jahresrechnungen 1995 bis 2002 des Landkreises Miltenberg überörtlich geprüft habe. Die Jahresrechnungen 2002 bis 2005 seien bereits örtlich geprüft. Die Prüfungserinnerungen aus den überörtlichen und örtlichen Prüfungen seien weitestgehend bereinigt. Für die Jahresrechnungen 1995 bis 2005 sei bereits die Feststellung gemäß Art. 88 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) erfolgt.

Aufgrund einer Änderung von Art. 88 LKrO sei nach Durchführung der örtlichen Prüfung nunmehr über die Feststellung und unmittelbar daran anschließend über die Entlastung der Jahresrechnung zu beschließen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe am 24.10.2007 dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag empfohlen, für die Jahresrechnungen 1995 bis 2005 die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO zu beschließen.

Durch den Kreistag wurde auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 04.12.2007 und des Kreisausschusses vom 13.12.2007 einstimmig folgender

B e s c h l u s s

gefasst:

Für die Jahresrechnungen 1995 bis 2005 des Landkreises Miltenberg wird die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO ausgesprochen.

Tagesordnungspunkt 6:

Annahme von Teilplan 1 der Jugendhilfeplanung "Jugendarbeit - Jugendsozialarbeit"

Diplom-Sozialpädagoge (FH) Wachtler wies darauf hin, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Planungsverantwortung dafür haben, dass die Aufgaben des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) erfüllt werden. Sie sollen gewährleisten, dass die zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen (§ 79 Abs. 2 SGB VIII). Konkrete Aufgaben und Ziele der Jugendhilfeplanung ergeben sich aus § 80 SGB VIII:

- (1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung
 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe festzustellen,
 2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und
 3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen. Dabei ist auch Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.

- (2) Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass insbesondere
 1. Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können,

2. ein möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist,
 3. junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden,
 4. Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander verbinden können.
- (3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe in allen Phasen der Planung frühzeitig zu beteiligen. Zu diesem Zweck sind sie vom Jugendhilfeausschuss, soweit sie überörtlich tätig sind, im Rahmen der Jugendhilfeplanung des überörtlichen Trägers vom Landesjugendhilfeausschuss zu hören. Näheres regelt das Landesrecht.
- (4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen darauf hinwirken, dass die Jugendhilfeplanung und andere örtliche und überörtliche Planungen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

Der Kreistag habe den Jugendhilfeplan des Landkreises Miltenberg am 14.11.1999 ohne den heute zur Beschlussfassung vorliegenden Teilplan 1 Jugendarbeit - Jugendsozialarbeit verabschiedet. Wegen geringer Erfahrungen mit der Thematik im Kreisjugendamt Miltenberg sei zu Beginn der hiesigen Jugendhilfeplanung im Jahr 1995 beschlossen worden, den Teilplan 1 Jugendarbeit - Jugendsozialarbeit zu einem späteren Zeitpunkt zu erstellen.

Mit dem Auftrag zur Erstellung des Teilplanes 1 Jugendarbeit - Jugendsozialarbeit durch den Ausschuss zur Beratung und Begleitung der örtlichen Jugendhilfeplanung habe sich am 17.07.2002 eine interdisziplinäre Planungsgruppe unter Beteiligung verschiedener Verbände und Institutionen konstituiert. Die Planungsgruppe habe den Entwurf des Teilplanes 1 erarbeitet. Zur Bestands- und die Bedarfserhebung seien von Mai bis Juni 2003 eine Fragebogenumfrage bei den 32 Kommunen, 40 Trägern der Jugendhilfe und Jugendberufshilfe, 49 allgemein bildenden Schulen/Förderschulen/beruflichen Schulen und weiteren 104 freien Trägern der Jugendarbeit (Vereine, Kirchengemeinden etc.) des Landkreises Miltenberg sowie am 19.10.2005 eine Expertenanhörung mit 27 institutionellen Teilnehmern aus dem Bereich Jugendberufshilfe/berufsbezogene Sozialarbeit/Jugendarbeit/Migrationshilfe/Schulsozialarbeit durchgeführt worden. Darüber hinaus habe sich das Kreisjugendamt am Arbeitskreis „Kooperation Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe und Schule“ der Jugendkonferenz in der Region 1 Bayerischer Untermain beteiligt.

Wegen der Änderungen in den Bereichen Sozialhilfe und Arbeitsverwaltung und wegen der Einführung des Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (BayKiBiG) und daraus resultierender vordringlicherer Projekte der Jugendhilfeplanung hätten die Planungsarbeiten in der Zeit vom 10.11.2003 bis 15.06.2005 geruht.

Auf Befragen von Kreisrätin Münzel, wer die Schulsozialarbeit finanziere, teilte Diplom-Sozialpädagogin (FH) Wachtler mit, dass die Handlungsempfehlungen noch nicht die Finanzierung berühren. Diese Frage müsse im Zusammenhang mit den erst noch zu entwickelnden Maßnahmen geklärt werden.

Kreisrätin Almrither äußerte sich erfreut darüber, dass nun auch der Teilplan 1 fertig gestellt sei und dankte Diplom-Sozialpädagogin (FH) Wachtler für seinen Einsatz. Sie wies darauf hin, dass die Verabschiedung von Handlungsempfehlungen wichtig sei, denn bei den vorausgegangenen Teilplänen habe sich mittlerweile herausgestellt, dass sich Prävention für den Landkreis Miltenberg und insbesondere für die Betroffenen lohne. Handlungsempfehlungen dürfen aber nicht nur Empfehlungen bleiben, sondern müssen bei entsprechender Kassenlage nach und nach umgesetzt werden. Besonders wichtig sei es auch, Jugendlichen mit Migrationshintergrund Hilfe zu gewähren.

Kreisrat Oberle begrüßte namens der CSU-Fraktion die vorgeschlagenen Initiativen sprach sich dafür aus, den Schwerpunkt der weiteren Arbeit beim Kreistag zu belassen. Insbesondere Jugendlichen aus sozial schwachen Verhältnissen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund müsse eine Chance geboten werden. Mittel die hierfür investiert werden, könne der Landkreis Miltenberg später einsparen. Der Markt Elsenfeld könne bezüglich Mittagsbetreuung, Hausaufgabenbetreuung, offene Ganztagschule usw. bereits von guten Erfahrungen berichten. Wichtig sei auch, dass eine Abstimmung und Vernetzung mit den Trägern der Jugendhilfe und dem Kreisjugendamt wie in den Handlungsempfehlungen vorgesehen erfolge.

Kreisrätin Hotz erstattete den Dank der Fraktion Freie Wähler und regte an, nach Ablauf von zwei/drei Jahren eine Bilanz nicht nur bezüglich der Kosten, sondern hauptsächlich bezüglich der Erfolge zu ziehen.

Kreisrätin Münzel bezeichnete Schulsozialarbeit als eine wichtige Angelegenheit und bat Landrat Schwing und Kreiskämmerer Straub, im Haushalt 2008 Mittel dafür bereitzustellen. Sie sei der Meinung, dass der Landkreis Miltenberg, wenn er Handlungsempfehlungen beschließe, auch überlegen müsse, inwieweit er diese finanzieren wolle.

Landrat Schwing erklärte dazu, dass weder der Landrat noch der Kreiskämmerer zu entscheiden hätten, sondern der Jugendhilfeausschuss. Für das Haushaltsjahr 2008 sei der Jugendhilfeeetat bereits beschlossen.

Der Kreistag nahm den vorliegenden Teilplan 1 Jugendarbeit – Jugendsozialarbeit zur Kenntnis und fasste auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 08.11.2007 mit der Maßgabe, dass in die Entscheidungsautonomie Dritter, insbesondere der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden sowie der freien Träger nicht eingegriffen wird, einstimmig folgende

B e s c h l ü s s e :

1. Von den in Teilplan 1 Jugendarbeit - Jugendsozialarbeit enthaltenen Handlungsempfehlungen sollen unter dem Vorbehalt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel des Landkreises Miltenberg die nachstehend aufgeführten Maßnahmen umgesetzt bzw. an den für die Umsetzung verantwortlichen Träger herangetragen werden:

Handlungsempfehlung 1 an die Agentur für Arbeit und das Kreisjugendamt

Für junge Menschen, für die die bereits angebotenen Maßnahmen der Träger der Hilfen nach SGB II, SGB III und SGB VIII nicht ausreichen, sollen zeitlich unbefristete Beschäftigungsmaßnahmen des 2. Arbeitsmarktes mit sozialpädagogischer Begleitung bereitgestellt werden mit dem Ziel der späteren Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt.

Handlungsempfehlung 2 an das Kreisjugendamt und die Beratungsstellen der Freien Träger

Die Beschulung junger Menschen mit ungünstiger schulischer Prognose im Lern-, Leistungs- und Verhaltensbereich durch das Konzept der Praxisklasse an den Hauptschulen soll auch im Rahmen der allgemeinen Erziehungsberatung der freien Träger und des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Kreisjugendamtes bei entsprechender Indikation als freiwilliges Beschulungsangebot empfohlen werden.

Handlungsempfehlung 3 an die Freien Träger, die Agentur für Arbeit und das Kreisjugendamt

Im Landkreis Miltenberg muss dauerhaft ein niedrigschwelliges sozialpädagogisches Angebot mit dem Schwerpunkt Jugendsozialarbeit bestehen, das junge Menschen, die von

anderen Angeboten nicht erreicht werden können, beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf individuell berät, unterstützt und begleitet.

Handlungsempfehlung 4 an das Kreisjugendamt

Maßnahmen der Jugendsozialarbeit an Schulen sollen in enger Abstimmung mit der Schulverwaltung, den Sachaufwandsträgern und der Jugendhilfe für ausgewählte Hauptschulen im nördlichen und südlichen Teil des Landkreises Miltenberg zunächst gemeinsam entwickelt und mit bestehenden weiteren Angeboten aufeinander abgestimmt werden. Diese Schulen sollen Aufgaben übernehmen oder übernommen haben, die über ihren eigentlichen regionalen Einzugsbereich hinausgehen, z.B. die Einrichtung und Durchführung sog. Praxisklassen. Diese Maßnahmen sollen bei Bedarf auch über den Einzugsbereich der Schule hinaus für benachbarte Schulsprengel in angemessenem Umfang angeboten werden.

Handlungsempfehlung 5 an das Kreisjugendamt

Die bereits bestehenden Maßnahmen der Schulsozialarbeit und die weiteren bestehenden und künftigen Maßnahmen der Jugendsozialarbeit sollen abgestimmt und vernetzt werden. Dazu soll der fachliche Austausch zwischen den Maßnahmeträgern angeregt, gefördert und unterstützt werden.

Handlungsempfehlung 6 an das Kreisjugendamt

Es sollen spezielle Maßnahmen und Angebote der Integrations- und Migrationshilfe für junge Menschen mit Migrationshintergrund zur Auseinandersetzung mit der eigenen Kultur und der Lebenswelt im Landkreis Miltenberg auf der Grundlage des § 13 SGB VIII geschaffen werden. Dabei sollen bereits bestehende Angebote der offenen Jugendarbeit, der Verbände und Vereine im außerschulischen und im Freizeitbereich als niedrigschwelliger Zugang für diese Zielgruppe genutzt und ausgebaut werden.

2. Die Koordination zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen erfolgt durch das Kreisjugendamt, jetzt Sachgebiet 22: Kinder, Jugend und Familie.

Tagesordnungspunkt 7:

Abstufung der Kreisstraße MIL 40 zwischen Wörth a.Main und Obernburg a.Main

Diplom-Ingenieur (FH) Thiry trug vor, dass seit Inbetriebnahme der Bundesstraße 469 zwischen Wörth a.Main und Obernburg a.Main als Kraftstraße die parallel verlaufende Kreisstraße MIL 40 zunehmend von Kraftfahrzeugen, landwirtschaftlichem Verkehr, Mofas sowie Radfahrverkehr (Maintalradweg) und auch Skatern benutzt werde. Mit der Verkehrsfreigabe seien die Kreisstraße MIL 41 und der neue Streckenabschnitt zur Kreisstraße MIL 40 gewidmet worden. Diese Kreisstraße befinde sich in Sonderbaulast des Landkreises Miltenberg und besitze eine Fahrbahnbreite von nur 4,50 m. Der Kreistag habe am 25.07.1984 beschlossen, dass die Ersatzstraße als Kreisstraße eingeteilt werde. Die Städte Wörth a.Main und Obernburg a.Main hätten zuvor eine Übernahme abgelehnt.

Somit stehe die Kreisstraße dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung. Aus diesem Grund und wegen der unterschiedlichen Nutzung sei die maximale Fahrgeschwindigkeit auf 50 km/h beschränkt. Zwar werde mit einem Ergänzungsschild auf "Vorsicht Radfahrer" hingewiesen, aber nach Auskunft der Städte werde die Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h nicht eingehalten. Diese für die Verkehrsteilnehmer gefährliche Situation könne nur gelöst werden, wenn die Kreisstraße MIL 40 in kommunales Eigentum übergehe und somit eine Abstufung zur Ortsstraße bzw. zum "beschränkt öffentlichen Weg" nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) vorgenommen werde.

Von Bündnis 90/Die Grünen sei hierzu am 20.11.2007 folgender Antrag gestellt worden: „Der Kreistag möge beschließen: „Die parallel zur vierspurigen B 469 verlaufende Kreisstraße MIL 41 wird mit Ausnahme des für die Bundesstraße nicht zugelassenen Verkehrs (z.B. landwirtschaftliche Fahrzeuge) für den motorisierten Verkehr gesperrt, damit diese Straße von Fußgängern und Radfahrern gefahrlos benutzt werden kann.“

Darüber hinaus hätten die Stadt Würth a.Main und die Stadt Obernburg a.Main jeweils mit Schreiben vom 22.11.2007 die Abstufung der Kreisstraße MIL 41 auf die Kommunen beantragt.

Dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Sperrung der Kreisstraße für den motorisierten Verkehr könne nicht entsprochen werden, da das BayStrWG dies nicht zulasse. Eine Kreisstraße sei grundsätzlich dem öffentlichen Verkehr gewidmet und könne somit nicht für bestimmte Verkehrsteilnehmer gesperrt werden. Die Abstufung der Kreisstraße MIL 41 zu einer Ortsstraße bzw. zum "beschränkt öffentlichen Weg" wie von den Städten Würth a.Main und Obernburg a.Main beantragt, könne jedoch durchgeführt werden.

Die nachfolgend aufgeführten Änderungen seien bereits mit den Städten Würth a.Main und Obernburg a.Main besprochen worden. Die Zustimmung des Stadtrates Würth a.Main liege bereits vor, der Stadtrat Obernburg a.Main werde heute den entsprechenden Beschluss fassen.

Unter Zugrundelegung des BayStrWG schlage die Landkreisverwaltung folgende Festlegung vor:

1. Die Kreisstraße MIL 40 zwischen der Auffahrt zur B 469 und dem Bereich Friedhof/Einmündung Kreisstraße (ca. 295 m) wird zur Ortsstraße abgestuft. Baulast, Winterdienst und Verkehrssicherungspflicht übernimmt die Stadt Würth a.Main.
2. Die Kreisstraße MIL 40 zwischen dem Bereich Friedhof/Einmündung Kreisstraße bis zum Anschluss an die B 426 bei Obernburg a.Main (ca. 4,1 km) wird zum "beschränkt öffentlichen Weg" (Feld- und Waldweg, Rad- und Gehweg) abgestuft. Die Baulast, Winterdienst und Verkehrssicherungspflicht übernehmen die Städte Würth a.Main und Obernburg a.Main. Hiervon ausgenommen ist der allgemeine Bauunterhalt, den der Landkreis Miltenberg leistungs- und kostenmäßig trägt.
3. Die Beschilderung und Eingliederung in das Verkehrsnetz obliegt den beiden Städten. Die Wegverbindung zwischen Würth a.Main und Obernburg a.Main wird ab dem Auweg bis nach Obernburg a.Main für Kraftfahrzeuge aller Art gesperrt. Lediglich der landwirtschaftliche Verkehr, Fahrräder, Fußgänger, Mofas dürfen den Weg benutzen. Die beiden Städte werden die erforderliche Beschilderung ggf. gemeinsam mit der Polizei und der Verkehrsbehörde durchführen.
4. Eine Vereinbarung über die Bauunterhaltung wird getrennt mit den beiden Städten Würth a.Main und Obernburg a.Main abgeschlossen. Nach Vorliegen aller Beschlüsse wird das Abstufungsverfahren beim Staatlichen Bauamt Aschaffenburg beantragt. Es ist vorgesehen, die rechtliche Widmung nach einer zweimonatigen Offenlegung zum 01.03.2008 durchzuführen.

Der Kreistag fasste auf Empfehlung des Bauausschusses vom 06.12.2007 einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Der Abstufung der Kreisstraße MIL 40 zwischen Würth a.Main und Obernburg a.Main zur Ortsstraße/zum „beschränkt öffentlichen Weg“ im Zuge der Verkehrssicherungspflicht des Landkreises Miltenberg und der angrenzenden Städte Würth a.Main und Obernburg a.Main wird zugestimmt. Die Widmung erfolgt nach zweimonatiger Offenlegung zum 01.03.2008. Damit ist der vorliegende Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2007 erledigt.

Tagesordnungspunkt 8: **Jahresrückblick 2007**

Landrat Schwing führte folgendes aus:

Das Jahr 2007 neigt sich dem Ende zu. Es war wieder ein ereignisreiches Jahr mit vielen Projekten und Maßnahmen. Insgesamt wurden vom Kreistag und seinen Ausschüssen im Jahr 2007 in 41 Sitzungen 372 Punkte mit einem Zeitaufwand von 131 Stunden behandelt. Hinter diesen Zahlen verbergen sich intensive Beratungen, Diskussionen und Beschlüsse, wie z.B.

1. Hochbaumaßnahmen

- Fertigstellung des II. Bauabschnitts von Julius-Echter-Gymnasium/Staatl. Realschule im Schulzentrum Eisenfeld mit Mensa und Mittagsbetreuung,
- Neubau der Elsava-Schule (E-Förderschule) im Kloster Himmelthal,
- Richtfest der Teleportalklinik in Miltenberg (Einweihung im Januar 2008),
- Einrichtung eines Herzkatheder-Labors im Krankenhaus Erlenbach a.Main,
- Entscheidung über den Ausbau der Deponie Guggenberg.

2. Straßenbaumaßnahmen

- Fertigstellung der wirtschaftlichen Hauptschlagader des Landkreises Miltenberg, der B 469 zwischen Obernburg a.Main und Wörth a.Main,
- Verkehrsfreigabe der Kreisstraße MIL 2 Mönchberg – Collenberg,
- Verkehrsfreigabe des Kreisels in Niedernberg (Unfallschwerpunkt),
- Verkehrsfreigabe der Kreisstraße MIL 17 Kirchzell – Preunschen,
- Spatenstich für die Kreisstraße MIL 42, II. Bauabschnitt, Kirchzell-Buch nach Mudau,
- Länder übergreifende Verkehrskonferenz mit dem Ergebnis, ein Verkehrsmodell zu beauftragen,
- Start der Mitfahrzentrale Landkreis Miltenberg,
- Genehmigung des neuen Nahverkehrsplanes für die Region 1 Bayerischer Untermain.

3. Wirtschaft

- Umsetzung der neuen Tourismusstrukturen mit der Gründung von Mainland Miltenberg-Churfranken e.V.
- Der Freistaat Bayern fördert den weiteren Ausbau des Regionalmanagements (zweite Säule Allianz Bayern innovativ).
- Der Landkreis Miltenberg bewirbt sich für das EU-Förderprogramm LEADE in ELER.
- ZENTEC GmbH Großwallstadt: Förderung des Projektes SIMTD.

4. Soziales

- Das Stiftungsamt Aschaffenburg wird neuer Betreiber des Pflegeheimes Erlenbach a.Main.
- Einrichtung einer Fachstelle für Familienangelegenheiten im Landratsamt Miltenberg.
- Aktualisierung der Jugendhilfeplanung.
- Auftakt für das Projekt „Vernetzung des Arbeitsmarktes für schwerbehinderte Menschen in der Region 1“.
- Einbürgerungsfeier im Landratsamt Miltenberg.

5. Verwaltung

- 10 Jahre Bayerischer Innovationsring der Kreisverwaltungen – der Landkreis Miltenberg ist einer der Vordenker und Vorreiter für die Verwaltungsmodernisierung.
- Einführung der Doppik ab 01.01.2008.

6. Sonstiges

- Erstmals stellt der Landkreis Miltenberg mit Herrn Bürgermeister Erwin Dotzel den Bezirkstagspräsidenten.

Landrat Schwing dankte allen Kreisrätinnen und Kreisräten für ihren Einsatz. Der besondere Dank gelte den Herren Fraktionsvorsitzenden, denn sie hätten die meiste Arbeit geleistet. Es sei kräftig diskutiert und gestritten worden, dennoch hätten sich die Kollegen untereinander respektiert. Die meisten Beschlüsse seien einstimmig gefasst worden. Die Kommunalpolitik betreffe die Bürgerinnen und Bürger vielfach unmittelbar. Deshalb stehe das einzelne Kreismitglied auch oft unmittelbar in der Kritik. Dies mache die Arbeit nicht leichter.

Landrat Schwing dankte auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Sitzungsvorbereitung und –vorträge.

Weiter wies Landrat Schwing darauf hin, dass dies die letzte Kreistagssitzung vor der Kommunalwahl am 02.03.2008 sei. Für den Wahlkampf bat er, trotz aller unterschiedlicher Positionen, sich weiterhin gegenseitig zu achten und zu respektieren. Dies würde das Weiterarbeiten nach der Wahl erleichtern.

Der Kreistag habe den ihm anvertrauten Landkreis Miltenberg im Jahr 2007 wieder etwas weitergebracht. Dazu hätten alle Kreisrätinnen und Kreisräte ihren Beitrag geleistet, wofür ihnen Lob und Dank gebühre.

Abschließend wünschte Landrat Schwing allen Mitgliedern des Kreistages ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2008.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Mottl
Protokollführerin